



Informationen über die Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13 EU-DSGVO

Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Verarbeitung Ihrer Bewerbungsdaten zur Beurteilung, ob Sie die Eignung, Befähigung und fachliche Leistung für die Stelle, auf die Sie sich bewerben, besitzen.

Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Berufsbildende Schulen Ammerland
Elmendorfer Straße 59
26160 Bad Zwischenahn
Tel.: 04403 9798-0
Fax: 04403 9798-100
E-Mail: info@bbs-ammerland.de

Kontaktinformationen des Datenschutzbeauftragten

Berufsbildende Schulen Ammerland
OStR Oliver Plohnke
Elmendorfer Str. 59
26160 Bad Zwischenahn
Tel.: 04403 9798-0
E-Mail: datenschutz@bbs-ammerland.de

Zwecke und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung Berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, die verfolgt werden nach Artikel 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO

Die Bereitstellung der personenbezogenen Daten ist für die Rechtmäßigkeit des durchzuführenden Auswahlverfahrens erforderlich. Das Fehlen von relevanten personenbezogenen Daten in den Bewerbungsunterlagen kann die Nichtberücksichtigung bei der Vergabe der Stelle/des Dienstpostens zur Folge haben. Für die Berufsbildende Schulen Ammerland ergeben sich die rechtlichen 2 Vorgaben für das Auswahlverfahren insbesondere aus Art. 33 Abs. 2 Grundgesetz, dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz und dem Haushaltsrecht. Danach ist die Auswahlentscheidung nach Eignung, Befähigung und

fachlicher Leistung zu treffen. Rechtsgrundlage für die Verarbeitungen im Rahmen des Auswahlverfahrens zur Begründung eines Beamten- /Beschäftigten-/Ausbildungsverhältnisses ist § 12 Abs. 1 Nds. Datenschutzgesetz in Verbindung mit § 88 Nds. Beamtengesetz.

Berechtigte Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten, die verfolgt werden nach Artikel 6 Abs. 1 lit. f EU-DSGVO

Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten
Gesetzliche Personalvertretungen (insbesondere Personal- oder Betriebsrat, Gleichstellungsbeauftragte, Schwerbehindertenvertretung)

Speicherdauer oder Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer

Ihre Bewerbungsunterlagen werden im Falle einer Absage zwölf Monate nach Abschluss des Bewerbungsverfahrens vernichtet, soweit eine längere Speicherung nicht zur Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist.

Hinweise für die Rechte der Betroffenen

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden; ist dies der Fall, so hat sie ein Recht auf Auskunft über diese personenbezogenen Daten und auf die in Art. 15 DSGVO im einzelnen aufgeführten Informationen.

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen unverzüglich die Berichtigung sie betreffender unrichtiger personenbezogener Daten und ggf. die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten zu verlangen (Art. 16 DSGVO).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, sofern einer der in Art. 17 DSGVO im einzelnen aufgeführten Gründe zutrifft, z. B. wenn die Daten für die verfolgten Zwecke nicht mehr benötigt werden (Recht auf Löschung).

Die betroffene Person hat das Recht, von dem Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen, wenn eine der in Art. 18 DSGVO aufgeführten Voraussetzungen gegeben ist, z. B. wenn die betroffene Person Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt hat, für die Dauer der Prüfung durch den Verantwortlichen.

Wenn die Verarbeitung auf einer Einwilligung beruht, hat die betroffene Person das Recht, jederzeit die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten nach Art. 7 Abs. 3 DSGVO zu widerrufen. Durch den Widerruf der Einwilligung wird die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitungen nicht berührt. Der Widerruf ist an den o.g. Verantwortlichen zu richten.

Sie haben jederzeit das Recht, aus persönlichen Gründen Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu erheben, die zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der berechtigten Interessen Dritter dient erforderlich ist (Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 e) oder f) EUDSGVO).

Jede betroffene Person hat unbeschadet eines anderweitigen verwaltungsrechtlichen oder gerichtlichen Rechtsbehelfs das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde, wenn die betroffene Person der Ansicht ist, dass die Verarbeitung der sie betreffenden personenbezogenen Daten gegen die DSGVO verstößt (Art. 77 DSGVO). Die betroffene Person kann dieses Recht bei einer Aufsichtsbehörde in dem Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, ihres Arbeitsplatzes oder des Orts des mutmaßlichen Verstoßes geltend machen. In Niedersachsen ist die zuständige Aufsichtsbehörde:

Die Landesbeauftragte für den Datenschutz Niedersachsen
Prinzenstraße 5
30159 Hannover
Telefon: 0511 1204500
Telefax: 0511 1204599
E-Mail: poststelle@lfd.niedersachsen.de